

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Claudia Jung

Abg. Angelika Schorer

Abg. Christa Steiger

Abg. Renate Ackermann

Abg. Renate Will

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bildungspolitisches Gesamtkonzept - frühkindliche Bildung (Drs. 16/9402)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Kollegin Jung für die FREIEN WÄHLER.

Claudia Jung (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER fordern mit unserem Antrag, die frühkindliche Bildung wieder vom Sozialministerium in die Zuständigkeit des Kultusministeriums zurückzuverlegen. Wir sind uns selbstverständlich dessen bewusst, dass wir damit nicht unbedingt auf Gegenliebe stoßen. Dennoch halten wir diese Änderung für sinnvoll und notwendig. Warum das so ist, werde ich Ihnen gerne im Folgenden erläutern.

1994 ist die frühkindliche Betreuung vom Kultusministerium ins Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen übertragen worden. Damals stand eindeutig der Betreuungsaspekt im Vordergrund. Familien sollten entlastet werden, und Frauen sollten die Möglichkeit erhalten, einer umfassenden Erwerbstätigkeit nachzugehen. Der bildungstheoretische und pädagogische Ansatz spielte damals allenfalls eine untergeordnete Rolle. Betreuungsmöglichkeiten für noch nicht schulpflichtige Kinder wurden unter familienpolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Insofern war die Anbindung an das Sozialministerium naheliegend und durchaus sinnvoll.

Meine Damen und Herren, seitdem haben sich die Zeiten massiv geändert, selbst wenn die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen das nicht unbedingt wahrhaben wollen. Viele Eltern wollen heute nicht nur eine mehr oder weniger qualitative Betreuung für ihre Kinder, sondern sie legen Wert auch auf pädagogische Konzepte. Eltern fordern für ihre Kinder Spracherziehung, ein Fremdsprachenangebot, musikalische und künstlerische Früherziehung, Umwelterziehung, Anregungen im MINT-Bereich, Suchtprävention und vieles mehr. Wir alle wissen, dass die frühkindli-

che Bildung auch und gerade für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern ein wichtiges, vielleicht das wichtigste Element für Chancengleichheit ist. Mit anderen Worten: Wir bewegen uns immer weiter weg vom Betreuungsaspekt und hin zum Bildungsaspekt. Das ist unter mehreren Gesichtspunkten durchaus sinnvoll.

Immer wieder wird hier im Hohen Hause die Bedeutung der frühkindlichen Bildung betont. Alle Fraktionen fordern Konzepte für ein lebenslanges Lernen. Dieses soll bei der frühkindlichen Bildung beginnen und sich bis ins Seniorenalter fortsetzen. Das klingt gut. Dazu braucht es jedoch eine Stelle oder eine Institution, die mindestens große Teile dieses Bildungsprozesses - gewissermaßen Bildung aus einer Hand - koordiniert. Genau das wollen wir FREIEN WÄHLER mit unserem Antrag erreichen.

In der Bildung heißt es immer wieder: Übergänge gestalten. Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule ist sicher einer der bedeutendsten. Das weiß jeder, der als Vater oder Mutter Kinder auf diesem Wege bereits begleitet hat. Dort besteht eine Schnittstelle zwischen zwei Ministerien. Wir denken, das kann nicht sinnvoll sein. Statt Synergieeffekte zu nutzen, haben wir völlig unnötige Reibungsverluste. Werfen wir doch einfach mal einen Blick in andere Bundesländer. Wir stellen fest, dass die Mehrzahl der Bundesländer frühkindliche Bildung folgerichtig dem jeweiligen Ministerium zugeordnet hat, das für Schule und Bildung zuständig ist. Auch der Aktionsrat Bildung fordert in seinem Jahresgutachten eine weit intensivere Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben unseren Antrag im Sozialausschuss mit dem Argument abgelehnt, er sei zu wenig konkret. Dabei ging es um die Frage, ob frühkindliche Bildung nun vom ersten Tag an oder erst ab dem Zeitpunkt gilt, mit dem Kinder die Kindertagesstätte besuchen und damit das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz - BayKiBiG - greift. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER kann ich nur sagen: Dieses Gegenargument ist wenig überzeugend. Für beide Varianten gibt es sicherlich gute Argumente, die wir finden könnten. Wir FREIEN WÄHLER sind immer offen.

Grundsätzlich intendieren wir mit unserem Antrag, frühkindliche Bildung ab dem Zeitpunkt in das Kultusministerium zu verlagern, ab dem das Kind eine Betreuungseinrichtung besucht, für die das BayKiBiG gilt. Gar nicht nachvollziehbar ist für uns Ihr Argument, es wäre nicht der richtige Zeitpunkt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann muss ich Sie fragen: Wenn nicht jetzt, wann denn dann? Deswegen möchte ich Sie von Herzen bitten, noch einmal in sich zu gehen und unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die CSU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag wurde schon mehrmals sehr ausführlich in den Ausschüssen behandelt. Ich stimme mit Frau Kollegin Jung darin überein, dass es wichtig ist, Erziehung und Bildung untrennbar miteinander zu verbinden. Dafür muss man eng zusammenarbeiten und bestehende Netzwerke ausbauen.

Selbstverständlich möchte ich auch zum Aufgabenzuschnitt Stellung nehmen. Es ist Ihr Anliegen, dem Sozialministerium die Zuständigkeit zu entziehen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie intensiv die beiden Ministerien sowie Erzieherinnen und Lehrkräfte in der frühkindlichen Bildung zusammengearbeitet haben. Gleichermaßen hat in Bayern in der frühkindlichen Bildung eine altersgerechte Förderung stattgefunden. Die altersgerechte Förderung ist in den vergangenen Jahren auf einem sehr hohen Niveau hervorragend gestaltet und gemeinsam weiterentwickelt worden. Selbstverständlich hat es im Bayerischen Erziehungs- und Bildungsplan immer wieder Abstimmungen gegeben. Dabei handelte es sich um logische Abstimmungen über Inhalte und Methoden. In der Vergangenheit war das der richtige Weg. Diesen Weg sollten wir in Zukunft weitergehen. Effektives Lernen und eine effektive Entwicklung im Kindesalter kann nur gelingen, wenn Erzieherinnen, die mit Kindern im Vorschulalter arbeiten, mit Lehrkräften zusammenarbeiten, um gemeinsame Methoden zu entwi-

ckeln. Weitere Zuständigkeiten für die frühkindliche Entwicklung müssten ebenfalls verlagert werden. Dabei möchte ich zwei Punkte herausgreifen: Die Koordinierenden Kinderschutzstellen - KoKi - und die Familienhebammen. Wenn wir ein Gesamtpaket erstellen, müssten wir diese Zuständigkeiten des Sozialministeriums in ein anderes Ministerium verlagern.

Wir haben gesehen, dass in der Fachschaft hervorragende Arbeit geleistet worden ist. Die Stärken der frühkindlichen Bildung sind herausgearbeitet worden. In diesem Ministerium ist in den vergangenen Jahren alles hervorragend gelaufen. Die Kolleginnen und Kollegen - das ist auch bei mir der Fall - nehmen immer wieder Anteil an der Arbeit der Erzieherinnen und informieren sich, wie die Kooperationen umgesetzt werden. Man kann nur sagen: Es funktioniert gut. Im Moment werden Fortbildungsmodule für Grundschulkräfte weiterentwickelt. Wir sind auf einem guten Weg in die Zukunft.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Ich finde schon. Ich habe das in meinen Kindergärten erlebt. Ich denke, dass es hervorragend läuft.

Die praktische Arbeit zeigt, dass sie in die Zukunft gerichtet ist. Abschließend möchte ich deutlich machen, dass wir dem Antrag nicht zustimmen werden, weil wir nach wie vor der Meinung sind, dass die frühkindliche Bildung sehr gut beim Sozialministerium angesiedelt ist und sie dort weiterentwickelt wird. Das haben wir immer wieder deutlich gemacht. Wir sind bereit, mit allen Fraktionen daran zu arbeiten, dass die Arbeit noch besser ausgerichtet wird. Verbesserungen sind immer nötig.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Meint das auch die CSU?)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Einen Moment, Frau Kollegin Steiger. Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/9275, "Finanzielle Auswirkungen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen (Inklusion) für die Kommunen

evaluieren", bekannt. Mit Ja haben 62 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren mit der nächsten Rednerin fort. Frau Kollegin Steiger für die SPD-Fraktion, bitte.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich, Frau Kollegin Jung, ist der Antrag logisch und entspricht unserer Auffassung; denn frühkindliche, vorschulische und schulische Bildung gehören zusammen. Sie sind vernetzt und sollten in einem Ministerium für Bildung zusammengefasst werden. Dass wir den Antrag trotzdem ablehnen, hat zwei Gründe. Einen davon haben Sie selbst angesprochen. Es geht um die etwas verwaschene und ungenaue Formulierung; denn welches Alter, welches Konzept soll gelten? Soll es ab null Jahren gelten, und sollen alle Kindertagesstätten einbezogen werden, oder soll es nur das BayKiBiG betreffen? Die Antragsformulierung ist zu unklar. Sie selbst haben während der Ausschussberatung diesbezüglich Überlegungen angestellt. Sie haben angesprochen, dass das konkretisiert werden müsste. Das war das eine.

Zum anderen lehnen wir den Antrag ab, weil es rein praktische Überlegungen gibt, die mit dem jetzigen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zusammenhängen. Dort ist keine klare Linie in der Bildungspolitik zu erkennen. In regelmäßig unregelmäßigen Abständen wird schulpolitisch - Entschuldigung, dass ich das etwas drastisch ausdrücke - eine andere Sau durchs Dorf getrieben. Die SPD-Fraktion hat begründete Bedenken, dass frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung bei dem jetzigen Zuschnitt des Kultusministeriums ein Schattendasein führen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das können wir nicht zulassen; denn gerade in der frühkindlichen Bildung, der vorschulischen Bildung und Betreuung werden die Grundsteine gelegt für die weitere Ent-

wicklung eines Kindes. Anders würde es aussehen, wenn aus dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein echtes Bildungsministerium werden würde, das für die Bildung von Anfang an bis hinauf zum Abitur zuständig ist. Dann könnte man sagen, dass wirklich alles in einer Hand ist. Die einzelnen Stufen müssen gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Darüber reden und entscheiden wir im Herbst 2013. Unser Ansinnen ist es, ein Bildungsministerium zu schaffen, in dem die frühkindliche Bildung den gleichen Stellenwert hat wie die Grundschule und die weiterführenden Schulen bis zum Abitur. Aus diesen Gründen lehnen wir derzeit den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Frau Kollegin Ackermann an das Mikrofon bitten.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vereinheitlichung, das heißt die Zusammenfassung von frühkindlicher und schulischer Bildung in einer Hand ist eine alte Forderung der GRÜNEN. Wir wollen, dass die Bildung in einem Ministerium zusammengefasst wird. Das ist logisch, weil frühkindliche Bildung ebenso Bildung ist wie Schulbildung, und sie sollten nicht in zwei getrennten Ministerien sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu haben wir in der Vergangenheit Anträge gestellt. Deshalb werden wir heute dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

Ich will erklären, weshalb wir uns im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit der Stimme enthalten haben. Es gibt bestimmte Dinge, die uns Bauchgrimmen verursachen. Zum Beispiel haben wir nicht gänzlich verstanden, dass die FREIEN WÄHLER diesen Antrag inmitten der Legislaturperiode stellen. Normalerweise müsste ein solcher Antrag zu Beginn der Legislaturperiode kommen. Wir wollen aber nicht kleinlich sein und gehen davon aus, dass die FREIEN WÄHLER der Meinung sind, dass das

Bildungssystem bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode umgebaut werden sollte, sodass die Zusammenlegung möglich wird. Insofern macht der Antrag Sinn.

Ein zweiter Punkt verursacht uns Bauchgrimmen, dass nämlich das Kultusministerium aus unserer Sicht sehr viele Kritikpunkte aufweist. Zum Beispiel wird am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten, und um die Altenpflegeschulen wird ein Trauerspiel aufgeführt. All das begeistert uns nicht für die Politik des Kultusministeriums. Da wir aber grundsätzlich der Meinung sind, dass die gesamte Bildung in ein Ministerium gehört, werden wir heute zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin ist Renate Will für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Renate Will (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frühkindliche Bildung und Erziehung unter dem Dach des Kultusministeriums, wie es von den FREIEN WÄHLERN gefordert wird, ist auch für uns keine neue Idee. Wir haben das 2008 in unserem Wahlprogramm gefordert. Frühkindliche Bildung als Gesamtkonzept gehört in eine Hand. Die Forderung, die frühkindliche Bildung in das Kultusministerium zurückzuführen, ist nicht neu, weil sie dort schon mal war.

Wir sind im Moment aber nicht bei "Wünsch dir was". Wir können nicht sagen, dass wir das so machen, weil wir in dieser Legislaturperiode Prioritäten setzen mussten. Für die frühkindliche Bildung müssen wir Geld in die Hand nehmen. Ich bin der Meinung, dass wir mit dem Einstieg in das kostenfreie letzte Kindergartenjahr den ersten richtigen Schritt getan haben. Wir haben im Sinne der Steuer zahlenden Eltern gehandelt. Im Prinzip muss man sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Mit der Verlagerung der frühkindlichen Bildung in den Bereich des Kultusministeriums sind Kosten verbunden. Diese Mittel lassen wir lieber in den Ausbau der Kitas fließen.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER suggeriert, dass mit der veränderten Zuordnung automatisch die Bildungsfunktion von Kindertageseinrichtungen verstärkt werden würde. Das ist mitnichten der Fall. Funktionierende Strukturen umzuwerfen, ohne zu sagen, auf welche Weise das geschehen soll, wird nicht funktionieren. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir den Antrag ablehnen.

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe wurde vom Ministerrat beauftragt, gemeinsame Leitlinien für die Bildungs- und Erziehungsarbeit in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu entwickeln. Das ist wirklich ein gutes Konzept. Die gemeinsame Bildungsleitlinie soll einen Orientierungs- und Bezugsrahmen schaffen sowie ein einheitliches Bildungsverständnis beschreiben, nach dem alle Institutionen ihre Arbeit gestalten.

Ich möchte schon noch einmal betonen, dass es außer Frage steht, dass beide Bereiche zunehmend verzahnt werden müssen, wie das richtigerweise der Aktionsrat Bildung festgestellt hat. In dieser Richtung passiert aber bereits viel. Ein Beispiel dafür ist die gemeinsame Fortbildungskampagne "Vorkurs Deutsch 240" bei der seit dem Jahr 2010 Tandems aus den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen gemeinsam Fortbildungen für die Fachkräfte durchführen. Das Wichtigste ist, dass die Fachkräfte darauf eingestellt werden, dass wir von der Betreuung hin zur frühkindlichen Bildung kommen.

Ich nenne auch die ressortübergreifenden Arbeitskreise der Fachberater und der Schulräte der Regierungen sowie die gemeinsame Fortbildungskampagne "Übergang als Chance". Das letztliche Ziel ist auch hier das Erreichen der Schulfähigkeit des Kindes. Die Eltern, die Kindertageseinrichtungen und die Schule sollen dabei unterstützt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Natürlich ist es unbestritten - und wird von Fachleuten immer wieder bestätigt und angemahnt -, dass frühkindliche Bildung ein Teil der Bildungspolitik ist. Aus diesem Grunde sollte sie nicht in starre bürokratische Formen

mit dem Risiko gepresst werden, dass Funktionierendes zerstört wird. Bevor wir in dieser Legislaturperiode ein weiteres bürokratisches Fass aufmachen, sollten wir uns lieber auf das konzentrieren, was bei den Kindern und Eltern direkt ankommt. Wir sollten weitermachen mit dem Einstieg in ein kostenloses Vorschuljahr, was wir begonnen haben. Wir sollten den Schlüssel weiter verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe die Hände der Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenprobe? - Ich sehe die Hände der Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.